

Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

2. - 8. März 2024

FOKUS EUROPAWAHLEN

Das bürgerlich-konservative Lager startet seinen Europawahlkampf im Rahmen einer Auftaktveranstaltung, die am 23. März in Paris stattfinden wird. Die Républicains haben beim EVP-Gipfel in Bukarest gegen die Nominierung von Ursula von der Leyen als EVP-Spitzenkandidatin gestimmt. In einem auf X veröffentlichten Brief betonte der Parteivorsitzende Eric Ciotti, das Von der Leyen Macrons Kandidatin sei und sie in landwirtschaftlichen und ökologischen Fragen von der Linie der LR abweiche. Eric Ciotti blieb auch dem EVP-Parteikongress aufgrund eines von Macron kurzfristig angesetzten Treffens zur Ukrainepolitik fern.

Bei der Wahlkampfauftaktveranstaltung des Rassemblement National in Marseille gab Marine Le Pen bekannt, dass sie auf dem letzten Platz der Europawahl-Liste stehen wird. Es handelt sich um eine symbolische Präsenz. Bei der letzten Wahl im Jahr 2019 stand Marine Le Pen bereits an vorletzter Stelle auf der von Parteichef Jordan Bardella angeführten Liste.

Der ehemalige Abgeordnete Jean Lassalle, zweimaliger Präsidentschaftskandidat, wird zusammen mit Willy Schraen, Chef des französischen Jagdverbandes, die Liste "Alliance rurale" (Ländliche Allianz) bei den Europawahlen anführen, wie sie am 6. März in einem Interview mit der Tageszeitung Ouest-France bekannt gaben.

Vor den Debatten in der Nationalversammlung und im Senat am 12. und 13. März empfing Staatspräsident Emmanuel Macron am 7. März die Vorsitzenden der Oppositionsparteien, um über die Lage in der Ukraine zu sprechen. Dieses Treffen fand nach den Erklärungen des Staatsoberhauptes am 26. Februar zur von ihm zusammengerufenen Ukraine-Unterstützerkonferenz zum möglichen Einsatz von Bodentruppen in der Ukraine statt. Der Vorsitzende der Républicains, Eric Ciotti, betonte erneut, dass er die Entsendung von Bodentruppen für unverantwortlich und gefährlich hält. Er habe den Staatspräsidenten davor gewarnt, den Konflikt in der Ukraine weniger als 100 Tage vor den Europawahlen zu instrumentalisieren.

Bei seinem Besuch in Prag 5. März bestätigte Staatspräsident Emmanuel Macron seine umstrittenen Äußerungen über die Möglichkeit, westliche Truppen in die Ukraine zu entsenden. Er forderte die europäischen Partner auf, sich nicht „feige“ den Herausforderungen des Ukrainekrieges zu verschließen. Verteidigungsminister Boris Pistorius interpretierte das als Anspielung auf die Bundesregierung und bezeichnete Macrons Worte als wenig hilfreich.

Die garantierte Freiheit der Frau auf das Recht auf freiwilligen Schwangerschaftsabbruch ist offiziell in die Verfassung aufgenommen worden. Nachdem die Nationalversammlung im Januar und der Senat Ende Februar über die Änderung abgestimmt hatten, stimmten die Parlamentarier auf dem Kongress in Versailles am 4. März mit 780 Ja-Stimmen bei 72 Gegenstimmen für den von Éric Dupond-Moretti (Justizminister) und Aurore Bergé (Staatssekretärin für Gleichstellung von Frauen und Männern) eingebrachten Gesetzentwurf. Frankreich ist das erste Land der Welt, dass das Recht auf Schwangerschaftsabbruch in seiner Verfassung verankert.

Zwei Tage nach der Abstimmung im Kongress empfing die Präsidentin der Nationalversammlung, Yaël Braun-Pivet, am 6. und 7. März rund 20 ihrer Amtskolleginnen aus allen Kontinenten in Paris. Das Präsidium der Nationalversammlung erklärte, dass der Gipfel auch die Gelegenheit geben soll, Frankreichs Vorstoß für Frauenrechte „in die Welt zu tragen“.

Emmanuel Macron wird am 8. Mai nach Marseille reisen, um an den Gedenkfeiern zur Befreiung der Stadt vor 80 Jahren teilzunehmen. Dieses Datum fällt in Marseille mit der Ankunft des olympischen Feuers an Bord des Schiffes Bélem am Alten Hafen zusammen. Das Schiff wird die Flamme von Piräus in Griechenland in die zweitgrößte Stadt Frankreichs bringen.

Die Gewerkschaft CGT wird Anfang April Streikankündigungen in den drei öffentlichen Diensten (Staats-, Gebietskörperschafts- und Krankenhausverwaltung) für den Zeitraum um die Olympischen Spiele (26. Juli bis 11. August) einreichen, wie ihre Generalsekretärin Sophie Binet am 7. März bestätigte. Der Präsident des Organisationskomitees für die Olympischen Spiele in Paris, Tony Estanguet, forderte Ende Februar einen sozialen "Waffenstillstand" während der Spiele. Seit mehreren Monaten laufen Verhandlungen, um einen sozialen Konflikt bei der Polizei, im Transportwesen und in Krankenhäusern abzuwenden. Eine Prämie von bis zu 1900 Euro wurde beispielsweise am 30. Januar von Innenminister Gérald Darmanin für Polizisten und Gendarmen, die in der Region Île-de-France arbeiten, angekündigt.

Die nationale Finanzstaatsanwaltschaft hat wegen "illegaler Interessennahme" und "Veruntreuung öffentlicher Gelder" Untersuchungen gegen die Pariser Bürgermeisterin Anna Hidalgo eingeleitet. In der Kritik steht eine Reise Hidalgos im Oktober 2023 nach Tahiti. Offiziell fand diese statt um "die Surfeinrichtungen im Rahmen der Olympischen Spiele 2024 zu überprüfen". Nach Angaben der Stadt Paris beliefen sich die Transportkosten der insgesamt sechsköpfigen Pariser Delegation (drei gewählte Vertreter und drei Mitarbeiter) auf 40.955 Euro und die Kosten für Unterkunft und Verpflegung auf 18.545 Euro.

Premierminister Gabriel Attal bekundete am 6. März in Den Haag die Unterstützung für die Kandidatur seines niederländischen Amtskollegen Mark Rutte als Nato-Chef. „Selbstverständlich unterstützen wir Mark Ruttés Kandidatur für die NATO angesichts seiner Erfahrung, seiner Fähigkeit, hinter sich zu vereinen, und seiner Fähigkeit, für unsere kollektive Sicherheit zu handeln“, sagte Gabriel Attal bei einer Pressekonferenz mit Mark Rutte anlässlich eines Besuchs in den Niederlanden.



PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN

Die Partei Les Républicains hat ihren neuen Parteisitz neben der Nationalversammlung bezogen. Der Sitz ist mit 1000 qm fünfmal kleiner als die bisherigen Räumlichkeiten. Der Parteivorsitzende Eric Ciotti betonte, dass die Partei somit viel Miete einsparen kann und zudem aufgrund der räumlichen Nähe zu Nationalversammlung und Senat mehr mit den Parlamentariern im Austausch stehen wird.



DIE ZAHL DER WOCHE

Die französische Regierung kündigte für 2025 weitere Haushaltseinsparungen in Höhe von 20 Milliarden Euro an. Sie kommen zu den 10 Milliarden Euro hinzu, die das Wirtschaftsministerium bereits für 2024 festgelegt hat, um die Ziele für das aktuelle Staatsdefizit einzuhalten.